

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint

wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Inserionspreis: die
kleinspaltige Zeile 10 Pf. Im
amtlichen Theile die gespaltene
Zeile 25 Pf.

Abonnement

viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl.
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unsern Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Dannebohn in Eibenstock.

46. Jahrgang.

Nr. 3.

Dienstag, den 17. Januar

1899.

Bekanntmachung.

Seit dem 1. Januar dieses Jahres ist ein dritter Nachtrag zum **Statistischen Waarenverzeichnis** und zum **Verzeichnisse der Waarengüter** in Kraft getreten, der bei jeder zu Zollabfertigungen befugten Amtsstelle in einem Exemplare zur Einsichtnahme seitens des Publikums ausgelegt ist oder bereitgehalten wird.

Dresden, am 9. Januar 1899.

Königliche Zoll- und Steuer-Direktion.

Dr. Löbe.

Bekanntmachung, Schulgeld betreffend.

Es wird hiermit an Bezahlung des auf die Zeit vom **1. Oktober bis 31. Dezember vor. Js.** in Rückstand gelassenen Schulgeldes der **I. und II. Bürgerschule** mit dem Bemerken erinnert, daß, wenn bis zum **24. Januar dts. Js.** Zahlung an die hiesige **Schulgelder-Einnahme** nicht erfolgt, die Zwangsvollstreckung vorgenommen werden wird.

Eibenstock, am 13. Januar 1899.

Der Rath der Stadt.

Hesse.

Rth.

Aus der Woche.

Die fortgesetzten Demüthigungen und Schläppen, die Frankreich von England empfängt und schweigend davonträgt, sind die deutlichen Anzeichen dafür, wie weit das Ansehen der dritten Republik infolge ihrer blind deutschfeindlichen Politik und ihrer inneren Stände gesunken und wie kraftlos die einst so großprahlende „grande nation“ geworden ist. Deutschland ist in seiner Haltung dem Franzosenvolke seit 1871 immer gleich geblieben. Wir haben unser Sedan gefeiert und das war unser gutes Recht, aber der Deutsche ist im Allgemeinen nicht chauvinistisch, dagegen die deutsche Politik immer loyal. Nachdem der Kaiser Wilhelm bald nach seinem Regierungsantritt feierlich erklärt hatte, Elsaß-Lothringen müsse deutsch bleiben und er lasse an dem Erbe seiner Väter nicht rütteln, nahm er verschiedene Male Anlaß, sich den Franzosen gegenüber höflich zu zeigen, so bei dem Tode Mac Mahons und Jules Simons. Aber solche Höflichkeiten fanden kalten Dank und keine Erwiderung und wenn der Kaiser in der Nähe der französischen Grenze — entweder zu den Mandörnern im Elsaß oder auf seinem Schloß in Ulville bei Metz — weilte, wurde er nicht einmal von den Nachbarn begrüßt, wie das der internationalen Sitte entspricht. Um so wohlthuernder hat es überrascht, daß sich bei der letzten Erkrankung des Kaisers an Grippe der französische Botschafter Marquis de Noailles nach Potsdam begab, um sich im Auftrage des Präsidenten Faure nach dem Befinden des Kaisers zu erkundigen. Daß Faure solchen Auftrag geben konnte, ohne den Unwillen des von ihm repräsentierten Franzosenvolkes befürchten zu müssen, giebt den Maßstab für den gewaltigen Stimmungsumschlag in Frankreich. Bald nach seiner Wiederherstellung hat der Kaiser den Versuch beim Botschafter erwidert und blieb dreiviertel Stunden dort. Das hat in Frankreich Aufsehen gemacht und Hoffnungen wachgerufen. „Figaro“ sieht schon die deutschen Truppen Schulter an Schulter mit den Franzosen gegen die Engländer kämpfen! Nun, „so geschwind“ schießen die Preußen nicht!“ sagt ein in diesem Falle treffendes Sprichwort. — Der Reichstag hat in zweitägiger Redebacht die Fleischnoth abgelehnt. Die Vegetarier sind sogar, daß noch viel zu viel Fleisch gegessen wird! — Ob in diesem Jahrhundert noch die österreichischen und ungarischen Wirren zum Ausgleich kommen, läßt sich schwer sagen. Das oberste Gericht in Wien hat den Satz ausgesprochen, daß Deutsch und Tschechisch vor den Gerichten in Böhmen gleichberechtigt seien; d. h. ins Praktische übersetzt, daß in Zukunft alle Richterstellen in Böhmen mit Tschechen besetzt werden sollen, denn diese verstehen alle deutsch, während es nur wenige Deutsche giebt, die das Tschechische beherrschen. Der unfreundliche Zirkular-Erlass des Grafen Thun an die Grenzbehörden, verbunden mit der Aufforderung um Bericht, wenn bei Ausweisungen kranker Oesterreicher aus Deutschland „vertragswidrig“ verfahren würde, hat die Bestimmung im Deutschen Reich gegen den Grafen von Neuem wachgerufen. Darüber hilft auch der Depeschenwechsel nicht hinweg, den Kaiser Wilhelm und Kaiser Franz Joseph aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums des österreichischen Kaisers als Chef des Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiments in Berlin gepflogen haben und der recht herzige Worte enthält. — Die Friedens-Konferenz soll Ende kommenden Monats wirklich zusammentreten. Der Beifall, der ihr allgemein gezollt wird, hat nicht verhindern können, daß überall wader fortgerüstet wird und nicht zum wenigsten in Rußland selbst. Krupp hat so viele Bestellungen, wie kaum je zuvor und fürchtet sich vor den Folgen der Friedens-Konferenz nicht im mindesten. — Trotz aller Befürchtungen bleibt Spanien ruhig, ja nicht einmal die schon lange angekündigte Ministerkrise ist eingetreten. Die Verzögerung der Entscheidung darüber wurde durch Sagastas Krankheit entschuldigt und schließlich mußte auch noch Regenwetter, das den Ministerpräsidenten an der Fahrt nach dem königlichen Palast verhindert hatte, als offizieller Verzögerungsgrund herhalten. Aber auch von Don Karlos ist nicht viel zu befürchten. Sein Kredit ist

„nicht weit her“, wemgleich er bisher immer in Geldsachen weit mehr Berwegenheit gezeigt hat, als auf den Schlachtfeldern. Es heißt sogar, daß Unterhandlungen zwischen ihm und der spanischen Königsfamilie angebahnt seien, die darauf abzielen, zwischen Christinos und Karlisten einen endgültigen Frieden zu schließen. Dafür müßte ihm allerdings eine anständige Geldentschädigung geboten werden, und Geld ist ein Artikel, den man in den Staatskassen des einstmaligen reichsten Landes der Welt nur noch dem Namen nach kennt.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die erste Berathung der Militär-vorlage ist am Freitag zu Ende geführt worden. Das Ergebnis der zweitägigen Debatte kann dahin festgesetzt werden, daß die Vorlage, wie dies übrigens von vornherein mit ziemlicher Bestimmtheit angenommen werden konnte, mit einigen Modifikationen in den Einzelheiten zu Stande kommen wird. Ein so erfreuliches Resultat gleich zu Beginn der Beratungen ist bei einer Militär-vorlage, solange das deutsche Reich besteht, noch niemals zu verzeichnen gewesen. — Nachdem am Donnerstag die Vorträge der beiden konservativen Parteien ihre grundsätzliche Zustimmung ausgesprochen hatten, haben am Freitag die Reformer des Zentrums, der Nationalliberalen, der Reformpartei und der freisinnigen Vereinigung ähnliche Erklärungen abgegeben, wobei sie sich natürlich ebenfalls hinsichtlich ihrer Widerprüche gegen Einzelheiten eine Verständigung in den späteren Stadien der Berathung vorbehalten. Was das Zentrum betrifft, so lassen sich aus der recht wortreichen Rede des Freiherrn v. Hertling, der bei dieser Gelegenheit statt des sonst unvermeidlichen Herrn Lieber die Führung der Partei in der Hand hatte, zwei Sätze als Kern herausheben. Der eine Satz lautet: Meine Freunde stehen den Einzelheiten der Vorlage mit verschieden abgestuftem Wohlwollen gegenüber. Und der andere besagt: Ich bin mit Herrn v. Reyeow der Ansicht, daß wir das bewilligen müssen, was für die Sicherheit des Reiches notwendig ist. Damit ist jedenfalls die Zustimmung für die Vorlage im Prinzip ausgedrückt. Unumwundener sind die Nationalliberalen für die Vorlage eingetreten, indem ihr Vertreter dem Wunsch nach einer möglichst unüberbarten Annahme Worte lieh. Auch die freisinnige Vereinigung ließ die Hoffnung auf eine Verständigung in der Kommission aussprechen, allerdings mit dem Bemerken, daß der Kriegsminister noch sehr viel werde ausgefragt werden müssen, — ein Vorbehalt, der bei Herrn Richter gewiß nicht Wunder nehmen kann. Endlich hat sich auch noch die Reformpartei mit den Grundsätzen der Vorlage einverstanden erklärt. Es bleiben demnach als grundsätzlich negierende Gruppen nur zwei Parteien übrig: die freisinnige Volkspartei und die Sozialdemokraten. Das wird sicherlich nirgends eine Ueber-raschung hervorrufen. Das starre non possumus, das Herr Richter am Donnerstag den vorgeschlagenen Neuerungen entgegen-gesetzt hat, war ebenso vorauszu sehen, wie die schroff verneinende Haltung des Herrn Bebel, der übrigens mit seiner langgedehnten Rede wenig Glück hatte. Schon bei der Besprechung des Friedensmanifestes des Zaren gab er sich die Mühe, heute eine andere Auffassung an den Tag zu legen, als er selbst und seine Freunde es bisher gethan hatten; seine eigenen bekannten Darlegungen über das Militärwesen u. die militärische Jugend-erziehung gaben ihn der Heiterkeit des Hauses preis und auch der Gebanke, die Armee zu demokratisiren, brachte ihm wenig Erfolg, denn der Kriegsminister leuchtete ihm mit großer Entschiedenheit heim, indem er betonte: Was von unserer Seite geschehen kann, diesen Gedanken zu vereiteln, das wird geschehen. Der Minister hat auch im Uebrigen die vielen Schwächen der überaus matten Rede des sozialdemokratischen Führers so vortrefflich bloßgelegt, daß Herr Bebel nicht einmal zu einer Entgegnung in Form einer persönlichen Bemerkung die Sprache gefunden hat. Und das war schließlich noch das Beste, was ihm passiren konnte.

— Die dem Bundesrath vorliegende Novelle zum Post-

Anmeldung zur Ofteraufnahme in die Volksschule.

Zu Oftern sind der hiesigen Volksschule diejenigen Kinder zuzuführen, welche bis zum 10. April d. J. das **sechste** Lebensjahr erfüllt haben; auch dürfen, auf Wunsch der Eltern und Erzieher, solche Kinder aufgenommen werden, die bis zum 30. Juni d. J. das gleiche Alter erreichen.

Die **Anmeldung** aller hiernach schulpflichtig werdenden Kinder ist

Montag, den 23. Januar vorm. 10-12 Uhr und nachm. 2-4 Uhr
oder **Dienstag, den 24. 10-12 Uhr**

im **Bibliothekszimmer des neuen Schulhauses** (Eingang: untere Thür) zu bewirken. Für hier geborene Kinder ist nur der **Zmpfchein**, für **auswärts** geborene außerdem noch die **Landesamtliche Geburtsurkunde** und das **pfarramtliche Taufzeugnis** beizubringen. Etwas vorhandene gerichtliche Verträge über die konfessionelle Erziehung der Kinder aus gemischten Ehen sind ebenfalls vorzulegen.

Schönheide, den 9. Januar 1899.

Die Schuldirektion.

Grohmann.

Nr. 66 des Verzeichnisses der unter das Schant- und Tanzstättenverbot gestellten Personen ist zu **Kreiden**.

Stadtrath Eibenstock, den 16. Januar 1899.

Hesse.

Grüchtel.

gesetz nimmt für das Briefporto von 10 Pfg. eine Erhöhung des Höchstgewichts bis 20 Gramm in Aussicht. Dabei soll bestimmt werden, daß die Ortstare auch auf den Nachbarschaftsverkehr ausgedehnt werden kann. Die Zeitungsgebühr soll betragen 10 Pfg. für jede Bezugszeit ohne Rücksicht auf deren Dauer; ferner 15 Pfg. jährlich für das wöchentliche einmalige oder seltener Erscheinen, sowie 15 Pfg. jährlich mehr für jede weitere Ausgabe in der Woche; und schließlich 10 Pfg. jährlich für jedes Kilogramm des Jahrgewichts, mindestens jedoch 40 Pfg. jährlich für jede Zeitung.

— Hamburg, 11. Januar. Es hat sich in letzter Zeit abermals die Nothwendigkeit einer Erweiterung der Freihafenanlagen, die dem Verkehr nicht mehr genügen, gezeigt und die Vertretung der Stadt hat auf den Antrag des Senates hin sofort die dafür erforderliche Summe von 20 Mill. Mark bewilligt. Nachdem die Hamburger Hafenanlagen seinerzeit mit einem Aufwand von außerordentlichen Mitteln, die weit über 100 Mill. Mark betragen, gebaut wurden und seit der Zeit ihrer Eröffnung (1888) wiederholt erweitert worden sind, bildet diese abermalige Bewilligung von Geldmitteln für Hafenbauten einen prägnanten Beweis für das erfreuliche Fortschreiten des deutschen Handels- und Schiffahrts-Verkehrs.

— Aus Magdeburg wurde berichtet, daß die dortselbst der Polizei als Anarchisten bekannte Personen auf das Polizeipräsidium zitiert worden sind, wo sie eine genaue Angabe ihrer Personalien machen mußten. Nicht nur in allen preussischen, sondern in allen deutschen Orten, in denen der Polizei als Anarchisten bekannte Personen wohnen, ist ähnlich verfahren worden.

— England. Aus London, 14. Januar, wird gemeldet: Wie verlautet, hat die Admiralität den Bau von vier erstklassigen Kreuzern, anstatt wie ursprünglich geplant war, von zweien, sowie den Bau von vier Schlachtschiffen vergeblich.

— Amerika. Der spanisch-amerikanische Friedensvertrag dürfte, wie der „New-York World“ aus Washington gemeldet wird, entweder wesentlich abgeändert oder verworfen werden. Achtunddreißig Senatoren hatten sich anheißig gemacht, für einen Zusatz zu stimmen, der die Ver. Staaten verpflichten soll, sich aus den Philippinen zurückzuziehen, gerade so, wie sie verpflichtet seien, sich aus Cuba zurückzuziehen.

— Es scheint sich zu bestätigen, daß die siegenden Amerikaner Neigung bezeigen, in ihrer Bedrängniß die Hilfe der geschlagenen Spanier anzurufen. Madrider Blätter berichten, daß die Amerikaner die Spanier ersucht hätten, ihre Truppen noch nicht von der Insel Mindanao zurückzuziehen, um zu verhindern, daß vor der Ankunft der Amerikaner ein Aufstand auf dieser Insel ausbricht.

— Die deutsche Regierung hat sicherem Vernehmen nach vor einiger Zeit bereits in Washington amtlich erklären lassen, daß in Bezug auf die Philippinen sie auf jeden Wunsch verzichte und nicht einmal eine Kohlenstation für sich in Anspruch nehme.

Locale und sächsische Nachrichten.

— Dresden, 13. Jan. Gestern Nachmittag gegen 4 Uhr ist ein Unbekannter, welcher im hiesigen „Europäischen Hofe“ unter dem Namen E. Willint, Kaufmann aus Boston, abgestiegen war, in einem hiesigen Juwelieregeschäft erschienen, hat sich Schmuckgegenstände vorlegen lassen, einen Brillantschmuck im Werthe von 10,000 M., bestehend aus Collier, Armband und zwei Paar Ohrringen, ausgewählt und sich diese sofort in das bezeichnete Hotel bringen lassen, um ihn dort angeblich einer Dame vorlegen zu können. Dort hat er dem Ueberbringer den Schmuck in dem von ihm ermieteten Zimmer abgenommen und ist unter Zurücklassung der Etuis in das Nebenzimmer gegangen, wo er anscheinend mit einer Dame ein Zwiegespräch geführt hat. Als der Fremde nach einiger Zeit in das erste Zimmer nicht zurückgekehrt war, mußte sich der Beauftragte des Juweliers beim Betreten des Nebenimmers davon überzeugen, daß der Schwindler